

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 4

vom 1. Februar 2013
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Inklusive Arbeitswelt - Unternehmen engagieren sich.....	3
Erste Zeugnisse der „2. Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege“	4

Gesundheit und Verbraucherschutz

Mehr Schutz vor psychischer Belastung bei der Arbeit	5
--	---

Justiz

Hamburg bildet wieder Justizvollzugsbeamte aus	7
--	---

Stiftungswesen

Hamburg ist weiterhin Stiftungshauptstadt.....	8
--	---

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Hamburg hat erneut mehr als 2.000 Sozialwohnungen gefördert	9
---	---

Bund

906. Sitzung des Bundesrates.....	11
-----------------------------------	----

Wissenschaft und Forschung

Hamburger Energieforschungsverbund geht ans Netz	17
--	----

Wirtschaft, Verkehr und Hafen

HafenCity Hamburg 2013: Starke Dynamik, hoher Qualitätsanspruch	19
Neue Märkte: Hamburger Hafen soll in Brasilien Punkten	22
e.....	25

Sport

5. Sportpolitisches Frühstück zum Thema Inklusion in Berlin	27
---	----

internationale gartenschau

Gartenschau sucht Ehrenamtliche – auch ohne grünen Daumen 28

Zur Information

Terminkalender 29

29. Januar 2013/basfi29

Inklusive Arbeitswelt - Unternehmen engagieren sich

Auf Einladung der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Ingrid Körner, haben sich Unternehmen, Selbsthilfeorganisationen, Kammern und Verbände am 28. Januar 2013 im „Dialog im Dunkeln“ getroffen.

Gemeinsam sollen Barrieren aus dem Weg geschafft werden, die bisher die Chancen von behinderten Menschen auf dem Arbeitsmarkt versperren. „Die UN-Behindertenrechtskonvention mit der Leitorientierung „Inklusion“ beinhaltet das Recht von behinderten Menschen auf Arbeit. In der Realität bereitet dieses aber immer noch erhebliche Probleme“, sagt Ingrid Körner. „Gut ausgebildet und motiviert haben sie nur geringe oder gar keine Chancen auf einen Arbeitsplatz. Das müssen und wollen wir ändern“ so Ingrid Körner weiter.

Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen haben vom Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt nicht profitiert und die Erwerbsquote ist deutlich zu niedrig. Die Veranstaltung ist ein Anstoß zur Verbesserung dieser Situation. Zunächst haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im lichtlosen Raum ganz persönliche Erfahrungen gemacht. Danach wurde diskutiert, wie Barrieren beseitigt, Chancen konkret verbessert und Unternehmen zielgenau unterstützt werden können. Ein wichtiges Ergebnis war der Startschuss zur Gründung des Netzwerkes „Inklusive Arbeitswelt“.

Ingrid Körner: „Der Weg zur Inklusion beginnt mit der eigenen Bewusstseinsbildung. Ich würde mich sehr freuen, wenn nach dieser gelungenen Auftaktveranstaltung weitere Unternehmen und Institutionen dem Netzwerk „Inklusive Arbeitswelt“ beitreten und sich aktiv einbringen.“

Für Rückfragen der Medien:

**Senatskoordinatorin für die Gleichstellung
behinderter Menschen**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Frauke Prenzler

Tel.: 040 - 42863-5723

E-Mail: frauке.prenzler@basfi.hamburg.de

30. Januar 2013/basfi30

Scheele: „Fachkräftesicherung in der Altenpflege ist vorbildlich“

Erste Zeugnisse der „2. Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege“

„Beim Thema Fachkräftesicherung in der Altenpflege zeigt sich beispielhaft, wie vorbildlich das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Politik in Hamburg funktioniert.“ Das sagte Arbeits- und Sozialsenator Detlef Scheele heute anlässlich der Zeugnisübergabe an 33 Frauen und Männer, die ihre Prüfung zu examinierten Altenpflegerinnen und Altenpflegern bestanden haben. Es sind die ersten Absolventen des Projektes „2. Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege“, das am 1. Februar 2011 gestartet ist.

Alle Teilnehmer des Projektes haben bereits eine Assistenzkraftausbildung und sind in der Pflegebranche beschäftigt. Die Qualifizierung zur staatlich anerkannten Fachkraft dauert zwei Jahre, in Teilzeit drei Jahre. Für die geplanten insgesamt 200 Nachqualifizierungen stehen mehr als zwölf Millionen Euro zur Verfügung. Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) kommen Fördermittel in Höhe von 4,2 Millionen Euro, die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) stellt 1,3 Millionen Euro und die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz stellt rund 0,2 Millionen Euro bereit. Die Arbeitgeber beteiligen sich mit rund 6,3 Millionen Euro, in dem sie den Teilnehmern während der Weiterbildung das Gehalt weiterbezahlen. Durchgeführt wird das Projekt von der Lawaetz-Stiftung und der Hamburgischen Pflegegesellschaft (HPG). „Die 1986 von der Freien und Hansestadt Hamburg gegründete Lawaetz-Stiftung ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Dazu gehört auch, dass wir uns den Herausforderungen stellen, die sich durch gesellschaftliche und demografische Entwicklungen abzeichnen. Weiterqualifizierung in der Altenpflege ist dabei ein wichtiges Thema“, sagt Dr. Thomas Mirbach, Geschäftsführender Vorstand der Lawaetz-Stiftung. „Die 2. Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege sichert die Leistungsfähigkeit der Betriebe und – das ist der entscheidende Punkt – sie sichert die Qualität in der Altenpflege. Und das ist ganz im Sinne der älteren, pflegebedürftigen Frauen und Männer“, sagt Jens Stappenbeck, Geschäftsführer der HPG.

Mehr Informationen über die Qualifizierungsoffensive unter: www.info-altenpflege.de; Wissenswertes über den ESF unter: www.esf-hamburg.de.

Rückfragen:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, ESF-Öffentlichkeitsarbeit

Nora Obenaus, Tel: 040-42863-3959, E-Mail: esf-pr@basfi.hamburg.de

28. Januar 2013/bgv28

Mehr Schutz vor psychischer Belastung bei der Arbeit

Hamburg macht sich für eine bundesweite Verordnung stark

Arbeitsbedingter Stress ist als ein wesentliches gesundheitliches Problem längst in aller Munde. Immer mehr Menschen werden aufgrund psychischer Störungen ärztlich behandelt. Aber bislang haben nur wenige Betriebe eine Strategie, wie sie Mitarbeiter vor psychischer Belastung bei der Arbeit schützen. Der Umgang mit arbeitsbedingter psychischer Belastung ist im Arbeitsschutz bislang unzureichend gesetzlich geregelt. Hamburg fordert deshalb verbindliche Regeln in einer bundesweiten Verordnung.

„Psychische Belastung braucht einen adäquaten Platz im betrieblichen Arbeitsschutz“, so **Cornelia Prüfer-Storcks, Hamburgs Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz**. Eine Verordnung soll das Arbeitsschutzgesetz künftig konkretisieren und den Umgang mit arbeitsbedingter psychischer Belastung verbindlich regeln. „Eine ins Gespräch gebrachte Selbstverpflichtung für Betriebe oder die bloße Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes, wie seitens der Bundesregierung aktuell auf den Weg gebracht, ist vielleicht ein erster Schritt, greift aber zu kurz. Deshalb haben wir bereits mit einem Beschluss auf Initiative Hamburgs bei der Arbeits- und Sozialministerkonferenz ein deutliches politisches Signal für eine Rechtsverordnung gegeben. Diese Verordnung würde ein konkretes und wirkungsvolles Instrument zur gesundheitlichen Prävention am Arbeitsplatz schaffen.“

Unternehmen sollen demnach künftig verpflichtend ermitteln, ob und welche Gefährdungen am Arbeitsplatz auftreten, etwa durch die Arbeitsaufgabe, -mittel, -organisation oder durch soziale Bedingungen. Die Verordnung soll Maßnahmen benennen, die eine mögliche Gesundheitsgefährdung durch psychische Belastung verringern oder vermeiden. Ebenso sollen Risikofaktoren und Gestaltungsgrundsätze festgeschrieben werden, die in Betrieben zu berücksichtigen sind. Zudem soll die Verordnung die Anforderungen an Betriebe dabei ebenso klar wie verbindlich beschreiben, so dass die Arbeitsschutzbehörden prüfen können, ob Unternehmen diese angemessen erfüllen. Dazu reicht die von der Bundesregierung angekündigte Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes aus Hamburger Sicht allein nicht aus.

„Betriebe sind gefordert ihre Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass Gesundheitsgefährdungen möglichst erst gar nicht entstehen“, so **Senatorin Prüfer-Storcks**. „Im Arbeitsschutz gibt es für viele Arbeitsbelastungen verbindliche Regelungen, wie beispielsweise zum Heben und Tragen oder zur

Bildschirmarbeit. Aber für den Umgang mit psychischer Belastung fehlen sie. Wenn die Bundesregierung hier nicht handelt und das Arbeitsschutzgesetz nicht mit einer Verordnung konkretisiert, werden wir gemeinsam mit anderen Ländern mit einer Bundesratsinitiative aktiv werden.“

Ihre Position werden die Länder auch bei der Veranstaltung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Thema „Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt“ am 29. Januar in Berlin noch einmal verdeutlichen. Dort wird Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, die Forderungen der Länder u.a. gegenüber Ministerin Dr. Ursula von der Leyen vertreten.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

31. Januar 2013/bjg31

Hamburg bildet wieder Justizvollzugsbeamte aus

22 Beamtinnen und Beamte nehmen am 1. Februar ihren Dienst auf

Hamburg bildet wieder Justizvollzugsbeamte aus. Ab dem 1. Februar treten 22 neue Beamtinnen und Beamte des allgemeinen Vollzugsdienstes ihren Dienst in den Justizvollzugsanstalten der Hansestadt an. Justizsenatorin Jana Schiedek hat damit eine Entscheidung des Vorgängersenats zurückgenommen.

„Unsere Justizvollzugsbeamten sind die tragende Säule eines modernen und auf die soziale Wiedereingliederung von Straftätern ausgerichteten Strafvollzugs. Um auch in Zukunft einen leistungsstarken Justizvollzug zu haben, müssen wir in unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren und selbst ausbilden. Deswegen nehmen wir die ausgesetzte Ausbildung ein Jahr früher als geplant wieder auf“, sagt Justizsenatorin Jana Schiedek.

Die Ausbildung war vom Vorgängersenat bis in das Jahr 2014 eingestellt worden. Die 22 neuen Justizvollzugsbeamten werden eine zweijährige Ausbildung absolvieren. Die theoretischen Grundlagen werden in der Justizvollzugsschule der Behörde für Justiz und Gleichstellung gelegt. Praktisch werden sie in den sechs Hamburger Justizvollzugsanstalten ausgebildet. Dort sorgen sie für Sicherheit und Ordnung und kümmern sich um die Unterbringung, Beaufsichtigung, Betreuung und Versorgung der Gefangenen. Ihre Arbeit zielt immer auch darauf, die Verurteilten zu befähigen, künftig ein Leben ohne Begehung von Straftaten zu führen. Hierfür sind insbesondere ein wertschätzender Umgang und ein gutes Konfliktverhalten nötig. Die neuen Beamtinnen und Beamten verfügen über berufliche Erfahrungen, oftmals im Handwerk, und haben z.T. auch Erfahrungen als Zeitsoldaten. Sie werden am 13. Februar im Hamburger Rathaus vereidigt.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

30. Januar 2013/bjg30

Hamburg ist weiterhin Stiftungshauptstadt

2012 wurden 36 neue Stiftungen gegründet

Hamburg ist weiterhin Deutschlands Stiftungshauptstadt. In 2012 wurden 36 neue Stiftungen gegründet. Hamburgs 1.266 Stiftungen verfügen über ein Gesamtvermögen von rund 7,8 Milliarden €.

„Hinter jeder Stiftung stehen Menschen, die sich in außerordentlicher Weise für das Gemeinwohl engagieren. Sie schieben gesellschaftliche Entwicklung an, unterstützen hilfsbedürftige Menschen oder fördern ambitionierte Projekte. Sie alle helfen dabei, Hamburg lebenswerter zu machen“ sagt Justizsenatorin Jana Schiedek.

Das Stiftungswesen hat in Hamburg eine lange Tradition. Immer mehr Menschen entscheiden sich, ihr Vermögen in eine eigene Stiftung zu geben. In Hamburg erfolgt die rechtliche Anerkennung der Stiftungen zentral in der Behörde für Justiz und Gleichstellung. Das Referat Stiftungsangelegenheiten berät Stifterinnen und Stifter umfassend. Das Anerkennungsverfahren ist für gemeinnützige Stiftungen gebührenfrei. Eine Stiftung kann ab einem vorhandenen Vermögen von 50.000 € gegründet werden.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

29. Januar 2013/bsu29a

Hamburg hat erneut mehr als 2.000 Sozialwohnungen gefördert

Erfolgreiche Bilanz des Wohnraumförderprogramms 2012

Insgesamt wurden 2.120 Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindungen von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK) im gesamten Stadtgebiet im Jahr 2012 gefördert. Damit konnte die Zielzahl von 2.000 geförderten Mietwohnungen zum zweiten Mal in Folge deutlich übererfüllt werden.

2.095 dieser Wohnungen sind klassische Sozialwohnungen (sogenannter 1. Förderweg) mit einer Anfangsmiete von 5,90 €/qm Wohnfläche, 25 Wohnungen wurden im neuen 2. Förderweg für Haushalte mit mittleren Einkommen und einer Anfangsmiete von 8,00 €/qm Wohnfläche bewilligt.

Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt: „Die aktive Wohnungsbaupolitik des Senats ist in voller Fahrt. 2012 haben wir nahtlos an das bereits gute Jahr 2011 angeknüpft und wieder mehr als 2.000 Sozialwohnungen bewilligt. Das zeigt: Durch das gemeinsame Engagement der Bezirke, der Wohnungswirtschaft und der Behörden, das insbesondere über den ‘Vertrag für Hamburg’ und das ‘Bündnis für das Wohnen in Hamburg’ vereinbart wurde, haben wir das Tal der jahrelangen Vernachlässigung der Förderung des Sozialwohnungsbaus endgültig verlassen.“

Ralf Sommer, Vorstand der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt: „Mit unseren Förderdarlehen und Zuschüssen haben wir die Förderziele des Senats 2012 erfolgreich umgesetzt und damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Entstehung von bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen geleistet. Durch die Initiativen in Hamburg hat der Mietwohnungsneubau in kurzer Zeit eine hohe Dynamik erreicht, die auch bundesweit Beachtung findet. Diese Entwicklung wollen wir weiter mit passgenauen Fördermitteln begleiten und die soziale Wohnraumförderung als eine langfristig sichere und rentierliche Anlage stärken.“

Darüber hinaus konnten 208 Eigenheimförderungen für Haushalte mit begrenztem Einkommen bewilligt werden. Weitere 212 neue Wohnungen entstehen mit Unterstützung der Büroumwandlungsprämie dort, wo vorher leere Büros waren.

Das Förderprogramm für besonders energiesparendes Bauen wurde gut angenommen. Im Jahr 2012 konnte für insgesamt 2.913 überwiegend geförderte Neubau-Wohnungen ein Zuschuss bewilligt werden.

Auch bei den Förderprogrammen für Bestandswohnungen erbrachte das Jahr 2012 eine sehr gute Bilanz. So wurde für 3.586 Mietwohnungen die rein energetische Modernisierung (dazu gehören u.a. Wärmedämmungen, neue Heizungen) bewilligt – eine Steigerung um über 60 % gegenüber dem

Vorjahr. Hiervon wurden 1.060 Wohnungen mit einer Mietpreisbindung versehen, die seit dem Programmjahr 2012 optional angeboten wird.

Im Fördersegment für umfassende Modernisierungen von Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen (dazu gehören Ausstattungsverbesserungen wie der Einbau neuer Bäder) wurden für 550 Wohnungen Bewilligungen ausgesprochen.

Bei allen Modernisierungen wurde zudem auf den Erhalt der stadtbildprägenden Backsteinfassaden mit einer 2012 eingeführten Qualitätssicherung geachtet, die die Investoren umfassend berät.

Das Programm „Wärmeschutz im Gebäudebestand“ zur Förderung der Energieeinsparung bei kleineren Wohngebäuden (Ein- und Zweifamilienhäuser) und selbstgenutzten Eigentumswohnungen ist ebenfalls erfolgreich gelaufen: In 2012 konnte hier die energetische Modernisierung von 2.321 Wohnungen gefördert werden.

Außerdem wurden 73 Bewilligungen für den barrierefreien Umbau von Miet- und Eigentumswohnungen im Bestand ausgesprochen.

Darüber hinaus konnten 45 Mietpreis- und Belegungsbindungen für Bestandswohnungen neu angekauft werden. So können diese Wohnungen Menschen mit besonderen Marktzugangsproblemen zur Verfügung gestellt werden.

Ergebnisse auf einen Blick

- 2.120 neue Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung (sogenannte Sozialwohnungen)
- insgesamt 2.540 geförderte Neubauwohnungen (Sozialwohnungen plus Eigenheimförderung plus Bürorumwandlungsprämie)
- 3.849 neue Mietpreis- und/oder Belegungsbindungen sowohl im Neubau als auch im Bestand
- 6.561 Modernisierungsförderungen, davon rund 4.200 geförderte Modernisierungen von Mietwohnungen, die alle mietpreisdämpfende Wirkung entfalten
- Insgesamt wurden Fördermittel für rund 146,6 Mio. Euro bewilligt.



Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kerstin Graupner,
T: (040)428.40-2051;
Kerstin.Graupner@bsu.hamburg.de.

31.1.2013/br31

An der 906. Sitzung des Bundesrates am 1. Februar 2013 nehmen Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Senator Michael Neumann und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil

Die Tagesordnung umfasst 87 Punkte.

Hamburg setzt sich für eine Stärkung der Rechte von Mietern und Mieterinnen ein

Der Bundesrat berät am Freitag abschließend über das Mietrechtsänderungsgesetz. Hierzu **wird der Erste Bürgermeister Olaf Scholz im Bundesrat eine Rede halten**. Das Gesetz der Bundesregierung will in erster Linie Anreize zur energetischen Sanierung von Wohnungen schaffen. Dies geht in Teilen jedoch zu Lasten der Mieterinnen und Mieter. Beispielsweise soll der übliche Anspruch, die Mietzahlung aufgrund von Baumaßnahmen bei energetischen Sanierungen mindern zu können, erst nach drei Monaten geltend gemacht werden dürfen. Auch sind neue Regelungen gegen sogenannte „Mietnomaden“ vorgesehen, die nach Meinung Hamburgs zu drastisch ausfallen. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme im ersten Durchgang der Gesetzesberatung zahlreiche Nachbesserungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter angeregt. Von diesen hat die Bundesregierung jedoch nur wenige berücksichtigt. **Hamburg unterstützt daher die Anrufung des Vermittlungsausschusses, um einen ausgewogeneren Interessensausgleich von Mietern und Vermietern zu erreichen**. Wegfallen sollten der dreimonatige Minderungsausschluss bei energetischen Sanierungen sowie die Vorschriften zur Sicherungsanordnung, mit denen künftig gegen nicht zahlende Mieter hätte vorgegangen werden können. Vor allem aber fordern Hamburg und weitere Länder einen besseren Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Mietpreissteigerungen, indem u.a. das Recht der Vermieter, die Miete aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen zu erhöhen, begrenzt wird. **Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz:** „Wir müssen dafür sorgen, dass für alle, die in den Städten leben, ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, damit sich die Wohnungsproblematik nicht weiter verschärft. Das beste Mittel gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten ist es, Wohnungen zu bauen. Hamburg will da mit gutem Beispiel vorangehen. Wir machen außerdem vermehrt von der Möglichkeit Gebrauch, soziale Erhaltensverordnungen in den Stadtteilen zu erlassen. Wir beschränken die Zweckentfremdung von Wohnraum und setzen uns auf Bundesebene dafür ein, Preissteigerungen im Wohnungsbestand deutlich stärker zu begrenzen.“

Zusätzliche Bundesmittel für den Kita-Ausbau

Der Bundesrat wird am Freitag voraussichtlich einstimmig dem Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Kitas und der Kindertagespflege zustimmen. Damit werden vom Bund weitere 580 Millionen Euro freigegeben, um 30.000 zusätzliche Betreuungsplätze zu schaffen. Diese zusätzlichen Gelder hatten die Länder dem Bund im letzten Jahr im Rahmen der Beratungen zum europäischen Fiskalpakt abgerungen. Nach weiteren langwierigen Verhandlungen zur Umsetzung dieser Einigung hat der Bund nun auf einige ursprünglich vorgesehene bürokratische Hürden verzichtet und den Abwicklungsaufwand begrenzt. **Detlef Scheele, Senator für Arbeit, Soziales, Familie und Integration:** „Ich freue mich, dass die Länder die Bundesregierung am Ende

davon überzeugen konnten, ihre Blockadehaltung aufzugeben und die dringend benötigten zusätzlichen Investitionsmittel zur Erfüllung des Kita-Rechtsanspruchs für alle Einjährigen ab dem kommenden August bereitzustellen. Im Interesse der Kinder und ihrer Familien werden die Länder den Kita-Ausbau mit aller Kraft fortsetzen, auch wenn der Bund mit dem neuen Gesetz immer noch nicht den von ihm zugesagten Finanzierungsanteil trägt.“ Im Rahmen des Krippengipfels 2007 wurde zwischen Bund und Ländern vereinbart, dass Bund, Länder und Kommunen jeweils ein Drittel der Betriebs- und Investitionskosten des Krippenausbaus tragen. Hamburg hat bereits alle Investitionsmittel abgerufen, die der Bund für das schon laufende Krippenausbauprogramm 2008 – 2013 zur Verfügung stellt. Zum 1. August 2012 hatte Hamburg den Rechtsanspruch für Zweijährige vorzeitig eingeführt. Damit werden in der Hansestadt etwa 75 Prozent aller Zweijährigen in Kitas und der Kindertagespflege betreut.

Patientenrechte nur wenig gestärkt

Auf der Tagesordnung des Bundesrates steht auch das Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Patientinnen und Patienten. Im Wesentlichen wird jedoch lediglich bereits vorhandenes Recht sowie die aktuelle Rechtsprechung in das Gesetz überführt. Die Chance, die Rechte von Patientinnen und Patienten wirklich zu stärken, beispielsweise durch eine patientenfreundliche Regelung des Umgangs mit selbst zu zahlenden Leistungen, einem Patientenbrief als Ergänzung zu wichtigen ärztlichen Aufklärungsgesprächen oder einem Fonds für Härtefälle, wurde von der Bundesregierung weitestgehend verschenkt. Dies ist umso bedauerlicher, da die Länder auf Initiative Hamburgs bereits gemeinsam Lösungen entwickelt und vorgeschlagen hatten. Da das Gesetzgebungsverfahren bei einer Anrufung des Vermittlungsausschusses jedoch durch das bevorstehende Ende der Legislaturperiode nicht zu Ende geführt werden könnte, hat sich Hamburg in Abstimmung mit anderen Ländern entschieden, auf eine Anrufung zu verzichten.

Präimplantationsdiagnostik: Länder fordern substantielle Änderungen

Der Bundesrat wird sich ebenfalls mit der Verordnung zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik befassen und einige substantielle Änderungen fordern. Diese betreffen insbesondere die Abkehr vom vorgesehenen Rechtsanspruch auf Zulassung der Zentren wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Des Weiteren wird die Anzahl der Ethikkommissionen und deren Prüfmaßstäbe Thema sein. Hamburg erwartet von den gemeinsam mit den anderen Ländern erbetenen Änderungen eine stärkere Orientierung an den Zielen des Präimplantationsdiagnostikgesetzes und damit des Embryonenschutzes. Gemeinsames Ziel der Bundesregierung und der Länder sollte es sein, eine Rechtsverordnung in Kraft treten zu lassen, die den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmecharakter der Präimplantationsdiagnostik in allen Punkten gerecht wird.

Streitfall Jahressteuergesetz 2013

Der Bundesrat entscheidet am Freitag erneut über die Zustimmung zum Jahressteuergesetz 2013. Das Ende Oktober vom Bundestag beschlossene Gesetz umfasst mehr als 100 Einzelregelungen. Unter anderem soll festgelegt werden, dass die Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Steuerrecht von bisher zehn Jahren ab 2013 auf acht und in einem weiteren Schritt ab 2015 auf dann dauerhaft sieben Jahre verkürzt werden. Dies war nur einer von vielen Kritikpunkten und damit Gründen zur Anrufung des Vermittlungsausschusses, der bereits im Dezember 2012 zu diesem Gesetz beraten hat. Der dort erzielte Einigungsvorschlag beruhte jedoch nicht auf einem echten Kompromiss zwischen Bund und Ländern, sondern auf einer Mehrheitsentscheidung des Vermittlungsausschusses.

Keinen Konsens gab es im Vermittlungsausschuss jedoch lediglich zum Vorschlag, die Eingetragene Lebenspartnerschaft homosexueller Paare mit dem Ehegattensplitting Verheirateter steuerlich gleichzustellen. Zahlreiche andere Änderungen eher technischer Steuervorschriften, die unter anderem der Entbürokratisierung und der Steuergerechtigkeit dienen, waren dagegen einvernehmlich zwischen Bund und Ländern ausgehandelt worden. Da der Bundestag den Vorschlag im Januar 2013 dennoch insgesamt abgelehnt hat, wird im Bundesrat weder über die einvernehmlichen Teile des Jahressteuergesetzes noch über die strittige steuerliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften beraten. Stattdessen entscheidet der Bundesrat erneut über das bereits im Oktober 2012 vom Bundestag verabschiedete, ursprüngliche Gesetz ohne Berücksichtigung der erzielten Vermittlungsergebnisse.

Bund-Länder-Kompromiss in Sachen Unternehmensbesteuerung und Reisekostenrecht

Der Bundesrat berät abschließend über das zwischen Bund und Ländern erzielte Vermittlungsergebnis zum Gesetz zur Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts. Das im Dezember 2012 erzielte einvernehmliche Ergebnis sieht vor, dass im Reisekostenrecht künftig auf einen Teil der Mindestabwesenheitszeiten verzichtet werden solle. Bei den Pauschalen für Verpflegungsmehraufwendungen wird es statt der bisher drei Stufen eine zweistufige Regelung geben – 12 und 24 Euro, die niedrigste Pauschale von 6 Euro würde somit entfallen. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung wird es zudem Änderungen für den Verlustrücktrag geben: der Höchstbetrag soll von derzeit 511.500 Euro auf 1 Mio. Euro erhöht werden. Der Bundestag hat dem Vermittlungsergebnis im Januar 2013 bereits mit breiter Mehrheit zugestimmt.

Anhebung des steuerlichen Existenzminimums entlastet Bürgerinnen und Bürger

Der Bundesrat entscheidet beim Gesetz zum Abbau der kalten Progression über die Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags. Das zur Abstimmung stehende Gesetz beruht auf einer im Dezember 2012 erzielten Einigung von Bund und Ländern im Vermittlungsausschuss. Das Vermittlungsergebnis sieht vor, dass der steuerliche Grundfreibetrag von derzeit 8.004 Euro für das verfassungsrechtlich gebotene Existenzminimum in zwei Schritten steigt. Für das Jahr 2013 beträgt dieser 8.130 Euro, ab 2014 erhöht er sich auf 8.354 Euro. Es bleibt jeweils beim Eingangssteuersatz von 14 Prozent. Kein Konsens wurde im Vermittlungsausschuss über die im März 2012 vom Bundestag beschlossene prozentuale Anpassung des gesamten Tarifverlaufs erzielt, die zu nicht tragbaren Steuerausfällen der öffentlichen Hand geführt hätte. Der Bundestag hat die Empfehlung des Vermittlungsausschusses zur Anhebung des steuerlichen Existenzminimums im Januar 2013 mit breiter Mehrheit angenommen. Der Bundesrat wird ebenfalls mit großer Mehrheit der Anhebung des Grundfreibetrags zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zustimmen.

Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

Bund und Länder haben sich im Vermittlungsausschuss Ende letzten Jahres darauf geeinigt, statt der von der Bundesregierung ursprünglich vorgesehenen steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung eine direkte Förderung durch die KfW vorzunehmen. Damit werden nur noch wenige Änderungen zum Energiewirtschaftsgesetz beschlossen, die vorsehen, dass so genannte Entflechtungsmaßnahmen der Netzbetreiber, die aufgrund von EU-Vorgaben notwendig sind, von der Grunderwerbsteuer befreit werden. Die Regelung war im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens zur steuerlichen Förderung energetischer Gebäudesanierung angefügt worden. Der Bundestag hat dem

Gesetz im Januar 2013 mit breiter Mehrheit zugestimmt. Auch der Bundesrat wird am Freitag dem erzielten Vermittlungsergebnis zustimmen.

Steuerabkommen mit der Schweiz

Das politisch umstrittene Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland wird im Bundesrat erneut beraten, da der Bundestag der Empfehlung des Vermittlungsausschusses vom Dezember 2012, das Gesetz zum Steuerabkommen aufzuheben, nicht gefolgt ist. Das Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, sah für die Vergangenheit eine Nachversteuerung bislang unentdeckter Vermögenswerte in der Schweiz mit Steuersätzen von 21 bis 41 Prozent vor – straffrei und unter Beibehaltung der Anonymität. Für die Zukunft war die Einführung einer anonymen pauschalen Besteuerung in Höhe von 26,375 Prozent geplant. Hamburg hat ebenso wie die Mehrzahl der Länder angekündigt, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Waffenerlaubnis künftig erst nach Prüfung durch Verfassungsschutz

Bevor eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt wird, sollen zukünftig etwaige verfassungsfeindliche Bestrebungen der Antragstellerin bzw. des Antragstellers abgeklärt werden. Dies sieht ein Gesetzentwurf aus Niedersachsen vor. Dazu sollen die Antragsdaten mit denjenigen der Landesämter für Verfassungsschutz abgeglichen werden. Damit nimmt Niedersachsen ein Bestreben auf, das Hamburg teilt. So hatte Hamburg bereits im vergangenen Jahr zum Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Rechtsextremismus derartige Regelanfragen gefordert. Den entsprechenden Beschluss des Bundesrates, grundsätzlich Regelanfragen bei den Verfassungsschutzbehörden bei Beantragung einer Waffenerlaubnis durchzuführen, hatte die Bundesregierung damals jedoch unter Hinweis auf fehlende Notwendigkeit zurückgewiesen.

Reform des Flensburger Punktekatalogs noch unausgegoren

Eine Änderung des Punktesystems und des Verkehrszentralregisters wird allgemein als notwendig erachtet. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf ist nach Meinung Hamburgs und weiterer Länder jedoch ungeeignet, ein angemesseneres und transparenteres System zu schaffen. Daher berät der Bundesrat am Freitag eine sehr kritische Stellungnahme, die die Bundesregierung auffordert, den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten. Insbesondere wird seitens der Länder befürchtet, dass durch die vorgeschlagene Neuregelung mehrfache Geschwindigkeitsüberschreitungen milder bestraft würden. Zudem sei die pauschale Anhebung einiger Geldbußen ohne nähere Begründung erfolgt und führe zu Widersprüchen im Verhältnis von Tatbeständen. Auch scheint das neu zu schaffende Fahreignungsseminar vage und in seiner Wirksamkeit zweifelhaft.

Höhere Bußgelder für Fahrrad- und Autofahrer

Der Bundesrat berät neue Bußgeldhöhen für Verkehrsverstöße, die einerseits von Radfahrerinnen und Radfahrern begangen werden und diese andererseits betreffen. Ziel ist es, die Zahl der Unfälle und Verkehrstoten deutlich zu senken. Beispielsweise sollen künftig höhere Bußgelder verhängt werden, wenn die Beleuchtung des Fahrrades nicht den Vorschriften entspricht. Für Autofahrer wird es hingegen teurer, wenn sie auf Radwegen parken und somit Radfahrerinnen und Radfahrern eine sichere Fahrt erschweren.

Piraterie: besserer Schutz für deutsche Seeschiffe

Deutschland ist als Schifffahrtsnation besonders von den Gefahren der modernen Piraterie betroffen. Hamburg, als größte deutsche Hafenstadt und wichtiger Reedereistandort, hatte sich im Bundesrat mehrfach dafür eingesetzt, dass zügig eine nationale Regelung geschaffen wird, damit der rechtssichere Einsatz von privaten Bewachungsunternehmen auf unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen möglich wird. Im vorliegenden Gesetz wurden die Vorschläge der Hansestadt weitestgehend berücksichtigt. Neben dem Einsatz der Bundeswehr in besonders gefährdeten Gebieten hat sich zudem die Präsenz von bewaffneten Sicherheitskräften als gute Option zum Schutz von Schiff und Mannschaft erwiesen. Der vorliegende Gesetzentwurf soll nunmehr ein Zulassungsverfahren für private Bewachungsunternehmen schaffen und sicherstellen, dass die Unternehmen und ihr Personal die für diese sensible Aufgabe notwendige Qualifikation und Zuverlässigkeit besitzen. Hamburg kommt dabei eine besondere Rolle zu, da es künftig für die Erteilung der waffenrechtlichen Erlaubnisse zuständig sein wird.

Beschleunigter Ausbau der Stromnetze

Im Rahmen der Energiewende ist ein koordinierter und zügiger Ausbau der Stromnetze notwendig. Die zuständige Bundesnetzagentur (BNetzA) hat erstmalig den von den Übertragungsnetzbetreibern erstellten „Netzentwicklungsplan Strom 2012“ im Sinne eines Bundesbedarfsplans an die Bundesregierung übermittelt. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus soll der Bundesbedarfsplan als formelles Gesetz beschlossen werden. Für insgesamt 36 Bauvorhaben soll die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt werden, um den Ausbau der Stromnetze zu beschleunigen. 21 dieser Vorhaben sind länderübergreifend oder grenzüberschreitend. Für diese Vorhaben wird die BNetzA die Bundesfachplanung durchführen, die dann die Raumordnungsverfahren ersetzt. Für Vorhaben innerhalb einzelner Bundesländer müssen weiterhin Raumordnungsverfahren nach Landesrecht durchgeführt werden. Zu dem Gesetzentwurf haben die zuständigen Ausschüsse zahlreiche klarstellende und präzisierende Änderungen vorgeschlagen. Dazu zählen u.a. die Einbeziehung einzelner Maßnahmen in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg in den Bundesbedarfsplan. Auch wurde der Vorrang der Freileitungsbauweise von Stromtrassen bestätigt und gleichzeitig die Teilerdverkabelung bei unvermeidbaren Siedlungsannäherungen zugelassen. Hamburg unterstützt den Gesetzentwurf. Mit einem beschleunigten und koordinierten Ausbau des Stromnetzes werden die Voraussetzungen für eine höhere Systemstabilität und den verbesserten Abtransport des Offshore und Onshore erzeugten Windstroms geschaffen. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere das Anbindungsvorhaben im Offshore-Bereich (Nr. 29) und die vorgesehene deutsch-norwegische Stromleitung NORD.LINK (Nr. 33) besonders zu begrüßen.

Asse II: schnelle Rückholung radioaktiver Abfälle

In dem ehemaligen Salzbergwerk Asse II wurden von 1967 bis 1978 rund 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen eingelagert. Mit der 10. Novelle des Atomgesetzes wurde die Schachanlage Asse II den Regelungen des Atomgesetzes für Endlager unterworfen und in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) überführt. Gleichzeitig wurde die unverzügliche Stilllegung der Schachanlage festgelegt. Angesichts eines drohenden, nicht beherrschbaren Zutritts radioaktiver Lösungen in das Salzbergwerk, hat das BfS seit 2010 verschiedene Optionen zur sicheren Stilllegung geprüft und im Ergebnis die Rückholung der radioaktiven Abfälle empfohlen. Mit dem Gesetzentwurf sollen nun die Voraussetzungen hinsichtlich der generellen Machbarkeit der Rückholung, der beschleunigten Rückholung selbst und der Stilllegung der Schachanlage geschaffen werden, ohne dabei den Schutz der Bevölkerung und der

Beschäftigten zu gefährden. Der Gesetzentwurf sieht vor, Verfahren zu flexibilisieren, Vollzugsunsicherheiten abzubauen und Vollzugserleichterungen zu schaffen. Hamburg unterstützt die vorgesehenen Gesetzesänderungen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion liegt dem Bundesrat zudem eine Stellungnahme vor, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche bisher in Deutschland angefallene bzw. noch zukünftig anfallende radioaktive Abfälle einer Endlagerung im Inland zugeführt werden.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-109

www.hamburg.de/landesvertretung

31. Januar 2013/bwf31

Hamburger Energieforschungsverbund geht ans Netz

Senat und Hochschulen bündeln Hamburgs wissenschaftliche Kompetenz für die Energieversorgung der Zukunft

Der Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung gehört zu den großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Forschung und Entwicklung sowie die Ausbildung von Fachkräften spielen dabei eine entscheidende Rolle. Mit dem jetzt gegründeten Hamburger Energieforschungsverbund soll die Zusammenarbeit der Hamburger Hochschulen in den Forschungsfeldern Windenergie, Biomasse, Intelligente Stromnetze (Smart Grids), Thermoelektrik, elektrochemische Speicherung und regenerative Energie aus dem Meer maßgeblich verbessert werden.

Die Universität Hamburg (UHH), die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH), die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), die HafenCity Universität Hamburg (HCU) und die Helmut Schmidt Universität – Universität der Bundeswehr Hamburg (HSU) verfügen über hohe wissenschaftliche Kompetenz in der Energieforschung. Strategisches Ziel des Energieforschungsverbunds ist es, die Hamburger Hochschulen im Bereich der Energieforschung intensiver untereinander und mit der Wirtschaft zu vernetzen, um eine stärkere Profilbildung und das vermehrte, da gemeinsame Einwerben von Drittmitteln zu erreichen.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Mit dem Hamburger Energieforschungsverbund verfolgen Senat und Hochschulen das gemeinsame Ziel, den Umbau der Energieversorgung umfassend wissenschaftlich und interdisziplinär sowie praxiswirksam zu begleiten. Gleichzeitig soll das Netzwerk dazu beitragen, die notwendige Forschungsinfrastruktur in Hamburg weiter auszubauen und einen Forschungsschwerpunkt in Hamburg mit überregionaler Ausstrahlung zu etablieren. Das Einwerben von Drittmitteln durch Verbundanträge spielt dabei eine große Rolle.“

Wirtschaftssenator **Frank Horch**: „Hamburg setzt weiter auf Innovation insbesondere in Zukunftsfeldern wie den Erneuerbaren Energien. Konkurrenzfähige Produkte und Lösungen aus Hamburg für die nationalen und internationalen Märkte der Energiewende setzen exzellente Forschung in Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen voraus. Durch die hier gebündelte wissenschaftliche Exzellenz und die Vernetzung mit den enormen Kompetenzen der Hamburger Wirtschaft schaffen wir die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum in der Stadt.“

Die Gründung des Energieforschungsverbunds fügt sich in die Politik des Hamburger Senats ein, Hamburg zu einem führenden Standort der anwendungsbezogenen Energieforschung in Deutschland zu machen und den Technologietransfer auf diesem Gebiet zu forcieren. Mit dem Energie-Campus Hamburg in Bergedorf und dem InnovationCampus for Green Technologies (ICGT) in Harburg haben

HAW bzw. TUHH und der Senat im vergangenen Jahr bereits zwei Projekte auf den Weg gebracht. Mit dem Energieforschungsverbund soll nun die systematische und interdisziplinäre Vernetzung aller wissenschaftlichen Kompetenzen und Kapazitäten im Bereich der Energieforschung in Hamburg erfolgen.

Hierzu werden den beteiligten Hochschulen fünf gemeinschaftlich finanzierte Wissenschaftliche Mitarbeiterstellen für einen Zeitraum von zwei Jahren zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, universitätsübergreifend und unter Einbindung maßgeblicher Akteure, wie etwa dem Cluster Erneuerbare Energien strategisch wichtige Forschungsprojekte von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung gemeinsam anzugehen und hierfür Drittmittel durch Verbundanträge einzuwerben. Die Kosten in Höhe von insgesamt 600.000 Euro pro Jahr werden zur einen Hälfte von der Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF), der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) und der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI), zur anderen Hälfte von den fünf beteiligten Hochschulen getragen.

Hintergrund:

Um die in Hamburg und der Metropolregion vorhandene wissenschaftliche Kompetenz sichtbarer zu machen, gezielter Fördermittel akquirieren zu können und die Zusammenarbeit mit Unternehmen in Forschungsprojekten zu verbessern, haben die Energiebeauftragten der Hamburger Hochschulen im vergangenen Jahr ein Konzept zum „Hamburger Energieforschungsverbund“ erarbeitet. Die Studie ist im Auftrag des Senats erstellt worden und enthält neben einer umfangreichen Bestandsanalyse der Forschungs- und Lehrpotenziale an den Hamburger Hochschulen Empfehlungen für zukünftige fachliche Schwerpunktsetzungen.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Pressesprecherin

Helma Krstanoski

Tel: 040/42841-1326

E-Mail: helma.krstanoski@bwvi.hamburg.de

29. Januar 2013/hc29

HafenCity Hamburg 2013: Starke Dynamik, hoher Qualitätsanspruch

Die Entwicklung der zentralen und östlichen Quartiere wird sichtbarer. Parks nehmen ihre grüne Gestalt an und spannende neue Projekte schaffen in der gesamten HafenCity Hamburg ein hervorragendes Investitionsklima sowie eine urbane Atmosphäre für Bewohner, Besucher und Arbeitnehmer. Das Jahr 2013 verspricht kraftvolle und weitsichtig gesetzte Impulse für Europas größtes innerstädtisches Stadtentwicklungsprojekt.

Die HafenCity setzt in 2013 deutlich erkennbar zum Sprung zu ihrem letzten großen Entwicklungsabschnitt in der östlichen HafenCity an. 2010 wurde der überarbeitete Masterplan für die östlichen Quartiere der HafenCity vorgestellt und öffentlich diskutiert, 2011 befasste sich das Parlament der Freien und Hansestadt Hamburg, die Bürgerschaft, damit. 2012 hat die hochwassergeschützte Erschließung der östlichen Quartiere Baakenhafen und Elbbrücken begonnen, die Verlängerung der U-Bahnlinie U4 bis zu den Elbbrücken ist beschlossen, die große Brücke über den Baakenhafen ist im Bau und wird im Sommer 2013 bereits fertig gestellt werden. Die ersten Grundstücke für eine hochkarätige Nutzung mit Hotel, Freizeitangeboten und Wohnen sind bereits im Baakenhafen reserviert bzw. anhandgegeben.

„Der rasche Fortschritt in der Konzeption und Realisierung der östlichen HafenCity macht die starke planerische und wirtschaftliche Dynamik anschaulich, mit der die HafenCity weiter entwickelt wird. Wichtiger noch ist die hohe Qualität, die durch das Verknüpfen von Arbeiten und Wohnen sowie die Entwicklung neuer Nutzungen entsteht“, sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung der HafenCity Hamburg GmbH, Jürgen Bruns-Berentelg, am Dienstag vor Journalisten in Hamburg.

Auf einem Rundgang durch die zentrale HafenCity und einem anschließenden Gespräch machte er diese Grundzüge der Entwicklung für 2013 deutlich.

Das grüne Zentrum der HafenCity, der vier Hektar große Lohsepark, nimmt in den kommenden Monaten sichtbar Gestalt an. Als Volkspark mit offenen Rasenflächen, Baumgruppen und vielfältigen Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten geplant, wird am Lohsepark von Süden und Norden intensiv

gebaut. Das Einpflanzen der ersten von rund 500 Bäumen beginnt im Frühjahr 2013. Es handelt sich durchweg um höherwertige, rund 25 Jahre alte Exemplare, die dem Park von Anfang an ein Gesicht geben. Zum Kirchentag im Mai ist der historische Lohseplatz neu erlebbar. Im Sommer 2013 wird zudem der 7200 Quadratmeter große Grasbrookpark, ein grüner Spielpark, in der westlichen HafenCity eröffnet.

In allen Teilen der HafenCity sind vielfältige neue Bauvorhaben in Planung und im Bau. Oftmals mischen sich auf einem einzigen Grundstück Nutzungen für Büro und Gewerbe, Wohnen in den unterschiedlichsten Formen, Kindertagesstätten und andere soziale und medizinische Betreuungseinrichtungen. Beispielsweise in neuen Bauvorhaben in den Quartieren Am Lohsepark und am Sandtorpark / Grasbrook, im Überseequartier und im Elbtorquartier. Das Prinzip der städtischen Nutzungsmischung gewinnt dadurch noch einmal deutlich an Vielfalt und Qualität. Eine starke Rolle spielt dabei auch die Zahl und Vielfalt der Wohnungsvorhaben. In der HafenCity sind derzeit 1500 Wohnungen in der zentralen und westlichen HafenCity in Bau und in Planung, darunter auch Generationenwohnen, studentisches Wohnen, Wohn-Arbeits-Lofts, Ateliers und Wohngemeinschaften für Menschen mit und ohne Behinderungen. In fast allen Projekten entstehen geförderte und/oder preisgedämpfte Mietwohnungen, teilweise stellen sie die Hälfte des Mietwohnungsangebots auf dem Grundstück dar. Und am Baakenhafen werden in diesem Jahr ein erheblicher Teil der Grundstücke für insgesamt 1.800 Wohnungen und ca. 3000 Arbeitsplätze ausgeschrieben.

Mittlerweile gibt es in der HafenCity und der Speicherstadt 60 Geschäfte, 50 Restaurants und Cafés und viele Museen. Rund 9000 Arbeitnehmer arbeiten in mehr als 450 Unternehmen, darunter ca. 40 größere Firmen mit einem Flächenbedarf von über 1000 qm und bis zu 1400 Mitarbeitern. Für sie alle bietet die Ende November 2012 eröffnete U-Bahnlinie 4 bereits jetzt einen unverzichtbaren Vorteil.

Die Eröffnung der HafenCity Universität (Ende 2013) und der Umzug der Kühne Logistics University an den Grasbrookpark (Herbst 2013, ehemaliges SAP-Gebäude) gibt der HafenCity in diesem Jahr ein intensives neues Leben mit über 2000 Studierenden.

Das Zentrum der HafenCity formiert sich mit der Eröffnung des großen Gebäudeensembles an der Ostseite des Magdeburger Hafens – zu den Nutzern zählen die Hamburger Design-Plattform „designxport“ und Greenpeace. Auch die qualitätsvolle, mittel- und langfristige so bedeutsame Weiterentwicklung des Überseequartiers wird vorangetrieben. Die letzten Baulücken im bereits 2010 eingeweihten Nordteil schließen sich: Zur Straße Am Sandtorkai/Am Sandtorpark entsteht eine attraktive Mischung mit Hotel, Entertainment, Einkaufen und Wohnen mit sehr interessanten

Akteuren. Die Konzeption für den Südteil wird überarbeitet, ohne dass das Überseequartier (Fertigstellung 2015/2016) seinen einmaligen offenen Charakter mit vielfältigen Bezügen zum Wasser verliert.

Die HafenCity wird in diesem Jahr nicht nur sichtbar weiter entwickelt und weiter gebaut. Sie wird mit den großen Parks auch grüner, durch die Hochschulstudenten deutlich lebendiger und in ihren Nutzungen, insbesondere in ihren Wohnangeboten, immer vielfältiger“, so Jürgen Bruns-Berentelg.

Pressekontakt:

HafenCity Hamburg GmbH

Susanne Bühler, Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,

Tel: 040 / 37 47 26-14, E-Mail: buehler@HafenCity.com

Pressebilder unter <https://presse.hafencity.com/>

Presseinformation

Neue Märkte: Hamburger Hafen soll in Brasilien Punkten

HPA stellt Arbeitsschwerpunkte 2013 vor / 250 Millionen Investition geplant / Burchardkai bekommt neue Verkehrsanbindung

Hamburg, 29. Januar 2013/hpa29 – Brasilien könnte einer der Wachstumsmärkte für den Hamburger Hafen werden. So das Ergebnis einer Studie, die die Hamburg Port Authority (HPA) im Rahmen ihres Jahresausblicks 2013 präsentierte. Bereits im Hafenenwicklungsplan bis 2025 identifiziert der Senat Brasilien als eine der zentralen Wachstumsregionen für den Hamburger Hafen. Nun beabsichtigt der Hamburger Hafen seine Beziehungen in das südamerikanische Land zu intensivieren.

Vor diesem Hintergrund ist es unter anderem für Hafen Hamburg Marketing vorstellbar, in den kommenden Jahren eine Hafenrepräsentanz in Brasilien zu eröffnen. Die Ausweitung des Repräsentantennetzwerkes auf den südamerikanischen Markt wird derzeit geprüft.

„Mit dem Hafenenwicklungsplan 2025 hat der Senat eine klare Wachstumsstrategie vorgelegt. Eine langfristige Hafenplanung kann nur funktionieren, wenn wir nicht nur den Hafen selbst ausbauen, sondern auch unsere internationale Vernetzung stetig verbessern“, so Wirtschaftssenator Frank Horch.

„Der Hamburger Hafen hat einen sehr guten Ruf in Südamerika. Allerdings haben wir festgestellt, dass wir gegenüber den anderen Nord-Häfen vor Ort nicht so präsent sind. Das wollen wir versuchen zu ändern“, sagt HPA-Geschäftsführer Jens Meier.

250 Millionen Euro Investitionen in 2013

Die HPA plant 2013 rund 250 Millionen Euro in den Hamburger Hafen zu investieren. Vor allem die direkte Erreichbarkeit der Terminals und der Umschlagsanlagen per Bahn und Lkw steht dabei im Fokus. So ist die HPA dabei die Verkehrsinfrastruktur vor dem Containerterminal Burchardkai umzugestalten und zu erneuern. Bis 2019 sollen hier für rund 100 Millionen Euro neben der neuen Rugenberger Schleuse fünf neue Brücken für den Straßen- und Schienenverkehr entstehen.

Weitere wichtige Bauprojekte werden im Jahr 2013 der Beginn der Bauarbeiten zur Einfahrt des Vorhafens, der Bau der Retheklappbrücke sowie der Umbau der Harburger Hafenschleuse sein.

Landstrom für das Kreuzfahrtterminal Altona

Die HPA beabsichtigt, eine Landstromanlage für das Kreuzfahrtterminal Altona zu bauen. 2013 sollen die notwendigen Planungen dafür fertig gestellt werden. Bereits im Jahr 2015 könnten dann die ersten Kreuzfahrtschiffe in Altona mit Landstrom versorgt werden.

47-Hektar-Naturschutzgebiet in Kreetsand

In Kreetsand im Osten Wilhelmsburgs hat die HPA mit dem Bau eines 30 Hektar großen Flachwassergebietes begonnen. Insgesamt entstehen hier bis Ende 2015 rund eine Million Kubikmeter Tidevolumen. Dieser neue Flutraum, für dessen Herstellung rund zwei Millionen Kubikmeter Boden ausgehoben und verwertet werden müssen, soll zu einer Dämpfung des Tidegeschehens und damit des stromaufwärts gerichteten Sedimenttransports beitragen.

Gleichzeitig werden sich hier neuer Tideauwald und wertvolle Lebensräume für den in der Elbe einheimischen Schierlings-Wasserfenchel entwickeln. Daher wird dieser neue Flachwasserbereich ein wichtiger Teil des Naturschutzgebietes „Auenlandschaft Norderelbe“. Die Fertigstellung der Maßnahme wird voraussichtlich Ende 2015 erfolgen.

Das Projekt ist Bestandteil des 2008 gemeinsam von der HPA und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) aufgestellten und von den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg mitgetragenen Strombau- und Sedimentmanagementkonzepts für die Tideelbe.

Weitere Vorhaben und Projekte 2013 im Überblick:

Central Terminal Steinwerder: Nach der planmäßigen Rückgabe großer Teile der Buss-Flächen im Mittleren Freihafen setzt die HPA die Entwicklung des Central Terminal Steinwerder (CTS) fort. Die verbleibenden Buss-Flächen im südlichen Teil des Areals, vor allem das Buss Hansa Terminal, werden bis 2016 weiter genutzt. Die HPA und die Buss-Gruppe haben sich auf eine entsprechende Anpassung der Mietverträge geeinigt. Während die Flächenvorbereitung auf dem ehemaligen Leercontainerlager der HHLA bereits läuft, kann 2013 im nächsten Schritt Kuhwerder angegangen werden.

Ausbau der Einfahrt zum Vorhafen: Der Planfeststellungsbeschluss liegt vor. 2013 laufen die Bauausschreibungen. Im Sommer sollen dann die Arbeiten nach momentaner Arbeit starten.

Westerweiterung: Die HPA erwartet den Planfeststellungsbeschluss in den kommenden Wochen.

Retheklappbrücke: Die Klappenpfeiler befinden sich im Bau. Parallel werden in Wilhelmshaven die Segmente der 67 Meter langen Brückenklappen montiert und vermutlich am Ende des Jahres in Hamburg eingebaut. Bis 2014 soll die neue Brücke fertig sein. Anschließend wird die alte Brücke abgerissen.

Neue Bahnbrücke Kattwyk: Die HPA erwartet den Planfeststellungsbeschluss in den kommenden Wochen.

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. www.hamburg-port-authority.de

01. Februar 2013/bwvi01

Sicherheit im Elbtunnel

Freigabe des 4-Röhren-Betriebs

Die Nachrüstung der 38 Jahre alten Elbtunnelröhren 1 – 3 ist abgeschlossen. Der Sicherheitsstandard dieser wichtigen innereuropäischen Verbindung zwischen Skandinavien und Südeuropa entspricht jetzt den Anforderungen an deutsche und europäische Straßentunnel.

Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: „Der Bund hat mit 257 Millionen Euro massiv in die Sicherheit des Elbtunnels investiert – das Geld ist gut angelegt! Brandschutz, Fluchtwege, Tunnellüftung und Entwässerung erfüllen jetzt höchste Ansprüche und das muss auch so sein. Ich freue mich, dass ab diesem Wochenende endlich wieder freie Fahrt auf dieser wichtigen Verkehrsachse ist.“

Frank Horch, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation: „Der Elbtunnel hat eine große Bedeutung für die Hamburger Wirtschaft und den Hafen, genauso wie für die Verkehre in Hamburg selbst. Ich bin erleichtert, dass die volle Leistungsfähigkeit der A 7 in diesem Bereich wieder gegeben ist und gleichzeitig den Verkehrsteilnehmern die größtmögliche Sicherheit zu Teil wird.“

Hans-Jochen Hinz, Geschäftsführer beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer: „Die Umsetzung des Nachrüstprogrammes stellte für die Planer und Bauausführende eine große technische Herausforderung dar, da die Arbeiten in einer Röhre unter Aufrechterhaltung des Verkehrs in den anderen 3 Röhren durchgeführt werden mussten. Durch die Arbeiten im Mehrschichtbetrieb konnten die Behinderungen für den Straßenverkehr und Wirtschaftsverkehr auf ein Minimum reduziert werden.“

Der Bund hatte das sicherheitstechnische Nachrüstprogramm für Straßentunnel im Jahr 2002 beschlossen, nachdem es in mehreren Tunneln im Ausland zu schweren Unfällen mit Bränden gekommen war. Die umfangreichen Asbestsanierungen in allen drei Tunnelröhren begannen im Oktober 2003 und endeten im März 2007. Das eigentliche Nachrüstprogrammes startete im Januar 2009 und umfasste im Wesentlichen folgende Arbeiten: Bau von drei zusätzlichen Fluchttunneln, Einbau einer Rauchabsaugung, Verbesserung des baulichen Brandschutzes, Umbau der

Fahrbahntwässerung, Erneuerung der Brandnotbeleuchtung, Fluchtwegkennzeichnung, Notrufrutschen und Lautsprecheranlage.

Vor der Verkehrsfreigabe erfolgten Funktionstests sämtlicher Anlagenbestandteile und ihres reibungslosen Zusammenwirkens.

Die Arbeiten am Elbtunnel enden mit dem Rückbau der Verkehrsverschwenkung und den damit notwendigen Markierungsarbeiten voraussichtlich am Sonntag, den 3. Februar 2013 bis 9 Uhr.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 428 41-1326

E-Mail: helma.krstanoski@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi

1. Februar 2013/bis01

GOLD – Du kannst mehr als du denkst!

5. Sportpolitisches Frühstück zum Thema Inklusion in Berlin

Anlässlich der Premiere des Dokumentarfilms „GOLD – Du kannst mehr als du denkst!“ in Hamburg am 26.02.2013 fand am heutigen Freitag (1. Februar) das 5. Sportpolitische Frühstück in Berlin statt. Auf Einladung von Hamburgs Sportsenator Michael Neumann trafen sich rund 40 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Sport in der Hamburger Landesvertretung, um über das Thema „Sport als Motor der Inklusion“ zu sprechen. Für die Einstimmung auf den Film und die anschließende Diskussion über die Thematik konnten die Athletin Kirsten Bruhn und die Hamburger Produzenten des Films, Andreas F. Schneider und Hendrik Flügge, gewonnen werden.

Der internationale Dokumentarfilm „GOLD – Du kannst mehr als Du denkst“ nimmt sich des Themas Inklusion eindrucksvoll an. Er porträtiert die Lebens- und Leistungsgeschichte dreier paralympischer Spitzenathleten aus verschiedenen Nationen, darunter die dreimalige paralympische Goldmedaillengewinnerin Kirsten Bruhn aus Deutschland. „GOLD“ ist mehr als nur ein Film. Er will als großes Inklusionsprojekt verstanden werden, das Menschen mit und ohne Handicap Mut macht, an sich zu glauben. Das „Gold“ in sich selbst zu entdecken und vor vermeintlichen eigenen Grenzen keine Angst zu haben – dazu lädt dieser außergewöhnliche Dokumentarfilm ein.

„Inklusion muss im Sinne von Teilhabe erlebbar gemacht werden, nicht nur im Sport. Die Sichtbarmachung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Erlebnis, wobei den Medien – wie die Paralympics 2012 in London bewiesen haben – eine wichtige Aufgabe zukommt“, sagt **Hamburgs Sportsenator Michael Neumann**. Die Freie und Hansestadt Hamburg bekennt sich dazu, die gesellschaftliche Teilhabe aktiv zu fördern. Dazu wirkt auch der Sport im Rahmen der Umsetzung der Dekadenstrategie geschlossen an der Erreichung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention mit.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Gartenschau sucht Ehrenamtliche – auch ohne grünen Daumen Auftakt auf der Messe AKTIVOLI am 3. Februar 2013

igs31

Hamburg, 31. Januar 2013 - Die internationale gartenschau hamburg (igs 2013) sucht ehrenamtliche Helfer für den Veranstaltungszeitraum vom 26. April bis zum 13. Oktober 2013. Auf der AKTIVOLI-Freiwilligenbörse startet ein igs-Team die Suche und wirbt um die freiwillige Helfer. Dabei ist ein grüner Daumen keine Voraussetzung – ganz im Gegenteil: Wichtigste Voraussetzung ist die Freude am Umgang mit den Besuchern der igs 2013.

igs-Geschäftsführer Heiner Baumgarten: „Wir wollen, dass alle Besucher sich bei uns gut aufgehoben und wohl fühlen – dazu braucht es viele helfende Hände. Es wäre schön, wenn wir viele Hamburgerinnen und Hamburger für ein Engagement bei uns begeistern können.“

Die Möglichkeiten der freiwilligen Hilfe sind vielfältig:

- Information der Besucherinnen und Besucher – an Infopoints, bei der Ankunft am Busterminal oder Parkplatz, an den 80 Gärten im Park, an den Spielplätzen...
- Begleitung von Bildungsveranstaltungen für Kinder und Jugendliche,
- Beteiligung an Sportaktionen – als Helfer beim Boule-Turnier, beim Inseleparklauf oder auf der Spielmeile,
- Begleitung/Unterstützung von Menschen mit Behinderung,
- Ausgabe von Rollstühlen, Bollerwagen etc.

Interessierte sind auf der AKTIVOLI herzlich willkommen. Hier geben Mitarbeiterinnen der igs und der igs-Gartenexperte John Langley Auskunft. Die Freiwilligenbörse öffnet am 3. Februar 2013 im Börsensaal der Handelskammer Hamburg von 11:00 bis 17:00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Darüber hinaus findet man Beschreibungen aller Aufgaben, Anforderungen und Arbeitszeiten unter www.igs-hamburg.de/ehrenamt. Alle Infos, Auskünfte und Unterlagen auch telefonisch unter **01805/882013** oder per E-Mail an ehrenamt@igs-hamburg.de

Rückfragen der Presse an:

Kerstin Feddersen,
Tel. +49(0)40-226 31 98 -400,
presse@igs-hamburg.de

Terminkalender

Vom 4. Februar bis 10. Februar 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 04.02.2013

- 10:00** Überseebrücke
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Taufe des Lotsenversetzbootes „Lotse 4“** ein Grußwort.
- 11:00** Landesinstitut, Felix-Dahn-Straße 3
Senator Ties Rabe führt die **Preisverleihung „Starke Schule“** durch und spricht ein Grußwort
- 14:30** Schulgelände REBUS, Steinfeldtstraße 1
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Ausstellungseröffnung „Rosenstraße 76 - Häusliche Gewalt überwinden“** ein Grußwort.
- 17:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich des **Senatsempfangs für Pflegeeltern** ein Grußwort.
- 18:00** Zentrum für Aus- und Fortbildung, Normannenweg 26
Senatorin Jana Schiedek hält die Eröffnungsrede bei der **Veranstaltung „Frauen in Spitzenfunktionen der hamburgischen Verwaltung“**.

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.
- 18:00** Offiziersheimgesellschaft der Bundeswehruniversität, Rodigallee 98
Senator Michael Neumann spricht beim **Neujahrsempfang des Reservistenverbandes der Bundeswehr** ein Grußwort.

Dienstag, den 05.02.2013

- 10:05** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Staatsrat Holger Lange spricht anlässlich der **Eröffnung der Veranstaltung „Wertstoff Elektroschrott“** ein Grußwort.
- 13:00** Hotel Elysée, Rothenbaumchaussee
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht beim **Arbeitskreis Arbeitssicherheit zum Thema „Arbeit im Wandel – Entgrenzung der Arbeit“** ein Grußwort.
- 18:30** Hotel Elysee
Senator Frank Horch spricht beim **Schiffahrtessen des Nautischen Vereins** ein Grußwort.
- 19:00** Museum für Kunst und Gewerbe, Spiegelsaal, Steintorplatz
Senatorin Jutta Blankau spricht beim Empfang anlässlich der **Fachtagung T.R.E.N.D.** ein Grußwort.

20:00 Thalia in der Gaußstraße, Gaußstraße 190
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von „Verdammt sei der Verräter seiner Heimat“ im Rahmen der Lessingtage 2013.**

Mittwoch, den 06.02.2013

12:30 Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19
Senator Dr. Peter Tschentscher hält anlässlich des **8. IFB Executive Lunch** eine Rede.

17:00 Rathaus, Großer Festsaal
Senator Detlef Scheele begrüßt die Gäste des **Senatsempfangs für Pflegeeltern** mit einem Grußwort.

18:00 Curio-Haus, Raum A, Rothenbaumchaussee 15
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nehmen an einer **Veranstaltung der GEW mit dem Titel „Was für ein Hochschulgesetz wollen wir? Was ist gute Personalpolitik?“** teil.

18:00 Eurogate, Eckelmannstraße 1
Staatsrat Dr. Bernd Egert hält einen Vortrag anlässlich der **Kuratoriumssitzung der Logistik Initiative Hamburg.**

20:00 Hamburg Messe
Staatsrat Andreas Rieckhof verleiht die diesjährigen **ADAC-Tourismuspreise für Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern** anlässlich der Messe REISEN HAMBURG.

Donnerstag, den 07.02.2013

ganztägig Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Plenarsaal, Taubenstraße 10, Berlin
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn und Staatsrat Dr. Michel Voges nehmen an der **Amtschefskonferenz** teil.

11:00 Bundespolizeiakademie, Ratzeburger Landstraße 4, 23562 Lübeck
Senator Michael Neumann hält beim gemeinsamen **Jahresempfang der Bundespolizeiakademie, der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt, der Bundespolizeiabteilung Ratzeburg und der Bundesfliegerstaffel Fuhlendorf** eine Rede.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.

12:00 Rathaus, Bürgersaal / Kaisersaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt am festlichen Mittagessen anlässlich des **80. Geburtstages der Bürgerschaftspräsidentin a.D. und Senatorin a.D., Elisabeth Kiausch**, teil.

12:00 Rathaus, Phönixsaal
Senatorin Jana Schiedek und Schleswig-Holsteins Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, unterzeichnen einen **Staatsvertrag zur Zusammenarbeit bei der Unterbringung von Sicherungsverwahrten.**

17:00 Finanzbehörde, Gänsemarkt 36, Leo-Lippmann-Saal
Staatsrat Jens Lattmann eröffnet die **Ausstellung „Kunst im Gange“ mit Werken von Andrea Lührke, Andrea Rausch, Gabriele Wendland.**

17:15 Baustelle am Adolphsplatz
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **Richtfestes des Handelskammer Innovations-Campus HKIC** ein Grußwort.

- 18:00** Museum für Kunst und Gewerbe, Spiegelsaal, Steintorplatz
Senatorin Jana Schiedek spricht bei der **Festveranstaltung „Fest und Forschung“ des Expertinnen Beratungsnetzwerks** ein Grußwort.
- 19:00** Universität, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Von-Melle-Park 9
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht im Rahmen des traditionellen **Neujahrsempfangs des Instituts für Weiterbildung e.V. an der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften** ein Grußwort.
- 19:30** Berlinale Palast, Berlin
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Eröffnung der 63. Berlinale** und dem anschließenden Eröffnungsempfang teil.

Freitag, den 08.02.2013

- 00:00** Wolfsburg
Staatsrat Michael Sachs nimmt als Referent zum Thema „Bündnis für das Wohnen“ an dem **Kolloquium der Wohnungsbaugesellschaft Neuland** teil.
- 09:00** Lycée St Exupéry de Hambourg, Hartsprung 23
Senator Rabe spricht anlässlich des **Festaktes „50 Jahre deutsch-französischer Vertrag“** ein Grußwort.
- 14:00** Rathaus, Turmsaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Verleihung des Ehrentitels „Professor“ an Dr. Rainer Maas** ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.
- 19:00** Museumsdorf Volksdorf, Im Alten Dorfe 46-48
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht beim **„Waldherrenmahl“** ein Grußwort.

Samstag, den 09.02.2013

- 09:00** Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6, Aula
Senator Michael Neumann eröffnet die **Fachtagung „Fit und Pfiffig“** mit einem Grußwort.

Sonntag, den 10.02.2013

- 11:00** Landesvertretung Berlin, Jägerstraße 1-3
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht beim **„Hamburger Filmbrunch 2013“ der Filmförderung Hamburg-Schleswig-Holstein und der Kulturbehörde anlässlich der 63. Berlinale** ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt teil.
- 11:00** Hallerstraße 1
Senator Michael Neumann besucht das **Spiel der 1. Tennisdamen des Clubs an der Alster gegen den Großflottbeker Tennis-, Hockey- und Golf-Club.**